



## Inhalt >>>

* Gerettet oder kaputtgespart?	
> <b>Gastbeitrag von Dimitrios Droutsas</b>	<b>1</b>
> <b>Nein heißt Nein Kerstin Westphal</b>	<b>2</b>
> <b>Nahost: Rechte der Palästinenser achten Wolfgang Kreissl-Dörfler</b>	<b>2</b>
> <b>Schnelle Hilfe bei Verkehrsunfällen! Ismail Ertug / Kerstin Westphal</b>	<b>3</b>
> <b>Fahrtenschreiberverordnung: Neue Ausnahmen für das Handwerk Ismail Ertug</b>	<b>3</b>
> <b>Mit Volldampf voraus! Ismail Ertug</b>	<b>3</b>
> <b>Ein Konto für Jedermann Kerstin Westphal</b>	<b>4</b>
> <b>Neuer EU-Ratsvorsitz Zypern: Programm und Schwerpunkte Wolfgang Kreissl-Dörfler</b>	<b>4</b>
> <b>Milchbauern protestieren für faire Preise Ismail Ertug</b>	<b>5</b>
> <b>Zur Info: Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013</b>	<b>2</b>
>>> <b>Service</b>	
> <b>Besucherguppe &amp; Kontakt</b>	<b>5</b>

## O-Ton

**"Unter dem Handlungszwang der Euro-Rettung darf der Parlamentarismus nicht unter die Räder kommen!"**

**Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, zum Europäischen Rat vom 28. Juni 2012**

## Σωτηρία ή εξοντωτική λιτότητα; \*

**Gastbeitrag von Dimitrios Droutsas**

*Griechenland hat in der Vergangenheit viele Fehler begangen, für die es heute einen bitteren Preis zahlt. Und ich zögere nicht, zum wiederholten Mal klar zu sagen: Verantwortlich für unsere Misere sind die politischen Führungen des Landes in den vergangenen drei Jahrzehnten, insbesondere wegen der politischen Mentalität, die sie in die griechische Gesellschaft eingeführt haben.*

Europa wiederum muss eingestehen, dass von Griechenland zu viel in zu kurzer Zeit verlangt worden ist. Land und Leute wurden kaputtgespart. Vergessen wir nicht: Hinter den Zahlen verbergen sich Leben und Zukunft vieler Menschen und Familien. Wird das Spar- und Reformprogramm darauf ausgerichtet, Griechenland als Investitionsstandort zu stärken, während die Sparmaßnahmen zeitlich etwas gestreckt werden, kann Griechenland durchaus schnell den Weg aus der Krise finden. Und Griechenland hat beträchtliches Eigenpotenzial – ich erinnere nur an die Möglichkeiten des Landes allein im boomenden Bereich der erneuerbaren Energieressourcen. Tiefgreifende Strukturereformen sind nötig, die öffentliche Verwaltung muss von Grund auf neu aufgebaut werden, das bestehende politische System, das charakterisiert ist von einer enormen Verflechtung der Politik mit Wirtschaftstreibenden und Medien, muss ein Ende finden.

### **Griechenland ist nicht das Problem**

Europa muss auch eingestehen, dass Griechenland allein nicht das wahre Problem ist. Die jüngsten Entwicklungen um Spanien, Irland, Portugal oder Italien sind unbestrittenes Zeugnis dafür. Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone würde nicht nur für Griechenland, sondern für die gesamte EU verheerende wirtschaftliche, aber auch politische Folgen haben. Zumindest in einer Aussage stimme ich Angela Merkel zu: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Europa muss schneller und entschied-

ener handeln. Eurobonds, Finanztransaktionssteuer, Altschuldentilgungsfonds sind Beispiele für mögliche Instrumente, die aus der Krise führen können, jedoch zu lange diskutiert und nicht zeitgerecht beschlossen und umgesetzt werden. Frau Merkel muss – zum Wohle Europas – ihren Ruf, „immer eine viertel Stunde zu spät zu kommen“, endlich ablegen.

### **Ende mit Populismus**

Ich weiß, dass es um das Bild Griechenlands in Deutschland heute nicht gut bestellt ist – zum größten Teil aus eigenem Verschulden. Und es ist mir ein Anliegen, auch bei dieser Gelegenheit jedem Deutschen für die bisher gewährte Unterstützung und gezeigte Solidarität aufrichtig zu danken. Es muss aber ein Ende haben mit populistischer und nationalisierender Rhetorik, die spaltet zwischen dem vermeintlich „faulen Südeuropäer“ und „fleißigen Deutschen“ oder dass Deutschland die „Melkkuh Europas“ sei. Alle jene, die diese Bilder propagieren, übersehen, welche großen Gefahren damit verbunden sind.

### **Aufbau "neues Griechenland"**

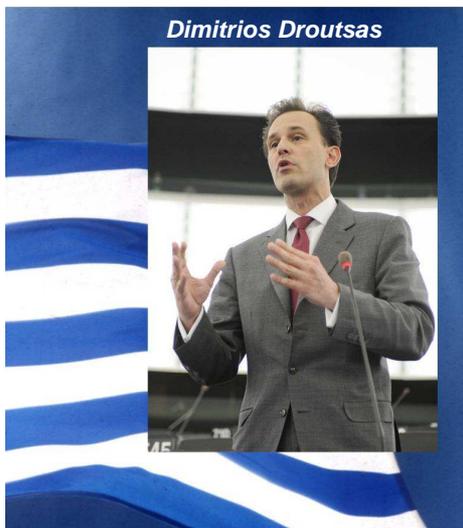
Es geht nun darum, ein neues Griechenland aufzubauen. Und ich gebe mich keinen Illusionen hin: Der notwendige Reformweg Griechenlands wird weitere große Opfer abverlangen und viele Jahre in Anspruch nehmen. Die nächste Generation in Griechenland wird die erste seit langer Zeit sein, der es schlechter gehen wird als ihren Eltern – das allein ist bitter genug. Damit wir → *Fortsetzung S. 2*

Fortsetzung von S.1 → etwas erreichen können, muss die griechische Politik ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen – gegenüber den internationalen Gesprächspartnern, aber vor allem gegenüber dem eigenen Bürger. Unsere EU-Partner wiederum müssen auf „Bestrafungscharakter“ beim Hilfsprogramm für Griechenland verzichten und realistisch umsetzbaren Maßnahmen zustimmen.

Übersetzter Titel:

**\* Gerettet oder kaputtgespart?**

Der Verfasser ist ehemaliger griechischer Außenminister und zur Zeit Europaabgeordneter, Mitglied der S&D Fraktion und unserer griechischen, sozialdemokratischen Schwesterpartei PASOK.



**Zur Info >>>**

**Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013**

Seit ihrer Einführung wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) immer wieder an die Herausforderungen ihrer Zeit angepasst. Wichtige Reformen wurden durchgeführt, um den Agrarsektor zu modernisieren und stärker am Markt auszurichten. Im Zusammenhang mit der Strategie „Europa 2020“ kann die GAP einen noch größeren Beitrag zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums leisten, indem sie Antworten auf die vor uns stehenden neuen Herausforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft wie auch in Bezug auf Umwelt, Klima und Technologie liefert. Außerdem muss die GAP der Vielfalt und dem Reichtum der Landwirtschaft in den 27 EU-Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Vor der Festlegung der ersten politischen Leitlinien für diesen strategischen Sektor hat Dacian Cioloș, zuständiger Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, eine öffentliche Debatte über die Zukunft der GAP, ihre Ziele, ihre Grundsätze angestoßen, deren Ergebnisse in die Vorarbeiten zum Entscheidungsprozess einfließen. Vorgelegt wurde das Paket von Rechtsvorschlügen im Oktober 2010 mit dem Ziel, die GAP wirksamer zu machen im Hinblick auf eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft und einen lebendigen ländlichen Raum. Nach einer Debatte im Europäischen Parlament und dem Rat wird die Verabschiedung der verschiedenen Verordnungen und Durchführungsbestimmungen bis Ende 2013 erwartet, mit dem Ziel des Inkrafttretens der GAP-Reform zum 1. Januar 2014.

**Nein heißt Nein**

Mit 478 Nein-, 39 Ja- Stimmen und 165 Enthaltungen wurde in der vergangenen Woche das Anti-Counterfeiting-Trade-Agreement (kurz: **ACTA**) vom Europäischen Parlament abgelehnt. Damit ist das internationale Handelsabkommen zur Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie gescheitert. Nachdem der Handelsausschuss des Parlaments INTA das Abkommen bereits wegen der intransparent geführten Verhandlungen zum Abkommenstext und der inhaltlichen Vermischung von notwendigen Regelungen gegen **Produktpiraterie** mit Maßnahmen zum Urheberschutz im Internet in einem einzigen Abkommen abgelehnt hat, folgte nun auch das Plenum der Ausschussempfehlung. Kurz vor der Abstimmung hatte die konser-

vative EVP-Fraktion noch einen Antrag gestellt, die Entscheidung über ACTA zu vertagen, bis der Europäische Gerichtshof über die Vereinbarkeit von ACTA mit den EU-Verträgen entschieden hat. Diesen Antrag hatte die Mehrheit des Plenums als Versuch der **EVP enttarnt** sich vor einer politischen Entscheidung zu ACTA zu drücken und sich stattdessen auf unbestimmte Zeit hinter rechtlichen Bewertungen zu verstecken. Der Antrag wurde folglich abgelehnt. Die Abstimmung im Europäischen Parlament bedeutet nun auch, dass weder die EU noch ihre einzelnen Mitgliedstaaten, bilaterale Verträge mit den anderen Vertragspartnern des Abkommens abschließen können. ACTA soll nun neu verhandelt werden. **KW**



**Nahost: Rechte der Palästinenser achten**



Quelle: wikipedia.org

In der vergangenen Plenartagung haben wir mit einer Resolution zur EU-Politik im Westjordanland und Ostjerusalem Israel eindringlich aufgefordert, die Rechte der Palästinenser in diesen Gebieten vollständig zu achten. Ausschlaggebend für die Resolution waren

zwei Berichte von EU-Missionsleitern aus der Region, die alarmierende Entwicklungen in den besetzten palästinensischen Gebieten aufzeigen.

**Alarmierende Entwicklungen**

Im sog. C-Gebiet (Verwaltungszone des Westjordanlands, die von Israel kontrolliert wird) werden die Palästinenser durch die Politik der israelischen Regierung immer weiter zurückgedrängt. Dies geschieht vor allem durch sich ausbreitende Siedlungen, Verwaltungsmaßnahmen und neue Bebauungspläne Israels. In Ostjerusalem haben der Abriss von Häusern, Zwangsräumungen, administrative Beschränkungen des Aufenthaltsstatus, die Trennmauer, die Genehmigungsregeln und die Ungleichbehandlung im Bildungs- und Gesundheitssystem erhebliche negative Auswirkungen auf den Alltag der palästinensischen Bewohner der Stadt.

Die in den Berichten genannten Entwicklungen machen die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Lösung mit einer gemeinsamen Hauptstadt Jerusalem, wie die EU sie verfolgt, zunichte. Die Zerstörung von Infrastrukturprojekten in dem Gebiet durch Israel, von denen einige von der EU und ihren Mitgliedstaaten finanziert werden, konterkariert und behindert zudem die Anstrengungen der EU auf diesem Gebiet.

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern Israel auf, endlich seinen Verpflichtungen gemäß dem Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen im Westjordanland und Ostjerusalem nachzukommen. Dazu müssen neue Siedlungsprojekte und -erweiterungen, die nach dem Völkerrecht illegal sind, sofort eingestellt und politische Häftlinge freigelassen werden. Ein friedliches und sicheres Miteinander in der Region bleibt Ziel unserer Bemühungen. **WKD**

## Schnelle Hilfe bei Verkehrsunfällen

Bis 2015 sollen alle Neuwagen auf Europas Straßen mit einem bordeigenen Notrufsystem, dem sogenannten 'eCall-System', ausgestattet sein. Das fordern die Europaabgeordneten in ihrer Entscheidung, die sie in Straßburg mehrheitlich angenommen haben.

### Wenn jede Sekunde zählt

Der automatische Notruf, der im Fall eines Unfalls automatisch die Rettungstellen via 112-Notruf alarmiert, ermöglicht, dass qualifizierte und ausgerüstete Helfer früher am Unfallort eintreffen. Gerade für ländliche Regionen kann der schnelle Notruf entscheidend sein. Denn besonders Landstraßen fordern häufiger Unfallopfer als andere Straßenarten, während die Rettungsdienste hier gewöhnlich mehr Zeit bis zum Eintreffen an der Unfallstelle benötigt.

### Vorteile des eCall-Systems

Das eCall-System stellt nicht nur eine Sprachverbindung her, sondern schickt auch einen Datensatz, der Minimalinformationen über den Unfall enthält (Koordinaten der Unfallstelle, Unfallzeitpunkt, Fahrtrichtung, etc.). Das ist wichtig, damit zum Beispiel sprachliche Barrieren im Ausland nicht Grund für Verzögerungen bei der Rettung werden und Rettungskräfte besser auf die mögliche Dimension des Unfalls vorbereitet sind.

ungen bei der Rettung werden und Rettungskräfte besser auf die mögliche Dimension des Unfalls vorbereitet sind.

### Hoher Stellenwert für den Datenschutz

Entscheidend ist es beim geplanten Gesetzesentwurf darauf zu achten, dass das eCall-System den geltenden Datenschutzbestimmungen entspricht. Es muss sichergestellt sein, dass klare

Regeln für die Behandlung personenbezogener Daten gelten. Außerdem sollte die aktive Nutzung des Dienstes freiwillig sein, um die Privatsphäre jedes Einzelnen zu schützen. Studien zu Folge würde eine flächendeckende Einführung des eCall-Systems bis zu 2500 Leben pro Jahr retten und die Schwere von Verletzungen bei Straßenverkehrsunfällen um 10 bis 15 Prozent reduzieren.

**IE/KW**

## Fahrtenschreiberverordnung: Neue Ausnahmen für das Handwerk



Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Plenarwoche über den Revisionsvorschlag der Fahrtenschreiberverordnung abgestimmt. Dabei stimmten die Abgeordneten dafür, die Entfernungsgrenze für die Befreiung von der Fahrtenschreiberpflicht von derzeit 50 Kilometer auf 100 Kilometer auszuweiten.

### Höhere Verkehrssicherheit durch Fahrtenschreiber

Bereits seit den 1980er Jahren gilt im europäischen Güterkraftverkehr die Fahrtenschreiberpflicht. Fahrtenschreiber dienen Kontrollzwecken und sollen die bessere Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten von Fernfahrern ermöglichen. Die aktuelle Revision zielt vor allem darauf ab, kleine und mittelständische Unternehmen bürokratisch und finanziell zu entlasten, indem der Ausnahmehereich von der Fahrtenschreiberpflicht ausgeweitet werden soll.

### SPD für höhere Entfernungsgrenze

Für die bayerischen SPD-Europaabgeordneten ist jedoch klar: die vom Plenum verabschiedeten 100 km sind zu wenig! Denn besonders Handwerker im ländlichen Raum müssen oft große Entfernungen zu ihren Kunden zurücklegen, um Ihre Auftragsbücher zu füllen. Dabei sind sie als Maler, Maurer oder Elektroinstallateur unterwegs, nicht aber hauptberuflich als Kraftfahrer. Um die unnötigen bürokratischen Bürden und Investitionen für die betroffenen Betriebe zu verringern, würde eine Ausweitung auf 150 Kilometer der Realität eher entsprechen. Im Gegensatz zu ihren Kollegen von der CSU, machten sich die SPD-Abgeordneten daher bei der Abstimmung auch weiterhin entschieden für die 150 km stark. Stellvertretend für das Europäische Parlament ist es nun an der Berichterstatterin Silvia Tica von den Sozialdemokraten eine Einigung mit Rat und Kommission zu erzielen. **IE**

## Mit Volldampf voraus!

Mehr Wettbewerb auf der Schiene: Das Europäische Parlament hat in zweiter Lesung seine bereits im letzten Jahr angenommene Position bestätigt, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrsmarktes zukünftig gestärkt werden soll.

### Umweltfreundlicher Verkehrsträger Schiene

Nachdem es in den letzten zehn Jahren kaum positive Entwicklung auf dem Eisenbahnmarkt gab, trägt der vorliegende Gesetzesvorschlag nun entschieden zur Stärkung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers bei. Das ist entscheidend um die von der EU angestrebten Ziele über die CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Verkehrssektor zu erreichen: Denn heute dominiert immer noch die Straße den europäischen Gütertransport. Ohne einen Wechsel auf emissionsärmere Verkehrsträger, wie Schiene und Binnenschifffahrt, kann dem Klimawandel kein Einhalt geboten werden.

### Was ist drin im neuen Gesetz?

Das überarbeitete Gesetzespaket schreibt den Mitgliedstaaten vor, die Eisenbahnregulierungsstellen mit mehr Befugnissen auszustatten. Die Aufsichtsbehörden sollen unter anderem dafür sorgen, dass eine ausreichende Transparenz zwischen Geschäftsaktivitäten der Infrastrukturbetreiber und Eisenbahnunternehmen → Fortsetzung S. 4 **3**



Quelle: www.wikipedia.org

Fortsetzung von S.3 → gewährleistet wird. Damit wird der faire Wettbewerb zwischen integrierten Unternehmen, die sowohl die Infrastruktur bereitstellen als auch Eisenbahndienstleistungen anbieten, und anderen Marktteilnehmern gestärkt.

Eine weitere Neuerung ist die Absprache mehrjähriger Finanzierungsverträge zwischen den Mitgliedstaaten und den Eisenbahnunternehmen. Nur mit einer verbesserten Planungssicherheit werden sich neue Unternehmen auf den europäischen Schienenmarkt wagen. Daher ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten künftig verpflichtet werden, solche Finanzierungspläne vorzulegen.

Mit dem positiven Votum des Europäischen Parlaments tritt die Richtlinie im November dieses Jahres in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann 30 Monate Zeit, um sie in nationale Gesetze umzusetzen. **IE**

## Ein Konto für Jedermann

Die Menschen in Europa können das alltägliche Leben ohne Bankkonto nicht mehr bewältigen. Die Überweisung von Löhnen und Gehältern, die Bezahlung einer Strom-, Gas- oder Wasser-Rechnung setzt ein Bankkonto voraus. Undenkbar also Keines zu haben. Aber 30 Millionen Menschen in der Europäischen Union im Alter von über 18 Jahren verfügen derzeit über keinen Zugang zu einem Bankkonto.

### **Bankkonto schafft Mobilität**

Und das aus ganz unterschiedlichen Gründen. Besonders wer grenzüberschreitend tätig wird, hat Schwierigkeiten in einigen europäischen Mitgliedstaaten ein Solches zu bekommen. So sind es besonders Studierende, Saisonarbeiter oder freie Dienstleister, denen bisher der Zugang zu einem Bankkonto dort verweigert wurde. Dabei ist es gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten notwendig, Arbeitnehmern und Studenten ihre Mobilität zu erleichtern, um Arbeit und Ausbildung zu fördern. Denn wenn man Mobilität im Binnenmarkt will, heißt das auch, die Freiheit zu haben, in einem anderen Land zu leben oder zu arbeiten,

ohne dabei einen bürokratischen Hürdenlauf zu absolvieren. In Deutschland stellt dies bisher kaum ein Problem dar: hier verfügen, aufgrund einer Selbstverpflichtung der Deutschen Kreditwirtschaft, bereits 99% der Verbraucher über eine Kontoverbindung. Das Parlament hat, in einem am vergangenen Mittwoch verabschiedeten Initiativbericht, den EU-Bürgern einen grenzüberschreitenden Anspruch auf Zugang zu einem Basiskonto gegeben - die Förderung des Binnenmarkts und finanzielle Integration sozialer schwacher Verbraucher sind das Ziel.

### **Konto soll kostenlos sein**

Wir Sozialdemokratinnen haben zudem gefordert, dass ein Basiskonto entweder kostenlos oder zu angemessenen Kosten zur Verfügung gestellt werden soll und dass der Zugang zu einem Basiskonto nicht vom Kauf zusätzlicher Dienste abhängig gemacht werden darf. Das Parlament hat den Bericht mit breiter Mehrheit verabschiedet. Diese "Breite" war notwendig, denn nun muss die Kommission auf dieser Grundlage hierzu einen Gesetzesvorschlag unterbreiten.

**KW**

## Neuer EU-Ratsvorsitz Zypern: Programm und Schwerpunkte



Quelle: www.cy2012.eu

Am 4. Juli stellte der Präsident der Republik Zypern, Demetris Christofias, den Europaabgeordneten in Straßburg die Ziele und Prioritäten der neuen Ratspräsidentschaft vor. Der kleine Inselstaat Zypern, der seit 2004 als geteiltes Land Mitglied der EU ist, hat nun nach Dänemark erstmals die EU-Ratspräsidentschaft bis zum Jahresende inne, bevor der "Stab" dann weitergereicht wird an Irland. Dabei hat Zypern wahrlich keinen leichten Start. Denn durch die enge Verflechtung zyprischer mit griechischen Banken musste nun auch Zypern Hilfe aus den europäischen Rettungsfonds beantragen und steht unter besonderer Beobachtung von Kommission, EZB und IWF. Umso ehrgeiziger erscheint das Programm der Regierung für die kommende Amtsperiode. Unter dem Motto "Für ein besseres Europa" sollen Maßnahmen dazu beitragen, dass die EU gestärkt aus der Krise hervorgeht:

### **Ein effizienteres und nachhaltigeres Europa**

Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 sollen zum Abschluss gebracht werden. Auch bei den Verhandlungen zur Kohäsions-, Forschungs- und Landwirtschafts- und Fischereipolitik sowie zu den Transeuropäischen Netzen sollen größtmögliche Fortschritte erzielt werden. Besondere Bedeutung wird der Energiepolitik sowie der nachhaltigen Entwicklung beigemessen. Einen eigenen Akzent wird Zypern bei der integrierten Meeresspolitik setzen.

### **Europa mit einer leistungsstärkeren und wachstumsorientierten Wirtschaft**

In diesem Bereich will sich Zypern um die Stärkung der Wirtschaftssteuerung, die striktere Überwachung der Haushalte sowie die Umsetzung der *Strategie Europa 2020* kümmern. Zudem soll der Regulierungsrahmen für Finanzdienste verbessert und der Binnenmarkt vertieft werden.

### **Ein bürgernahes Europa mit Solidarität und sozialem Zusammenhalt**

Insbesondere soll die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Weiterhin soll bis Ende 2012 die Schaffung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems abgeschlossen und ein neuer Rechts-

rahmen für den Schutz personenbezogener Daten entwickelt werden.

### **Europa in der Welt, seinen Nachbarn näher**

Nicht zuletzt aufgrund seiner besonderen geopolitischen Lage will Zypern insbesondere die Beziehungen zu unseren südlichen Nachbarländern im Mittelmeerraum vertiefen. Zudem wird sich Zypern dafür einsetzen, dass laufende Beitrittsverfahren gefördert werden.

Wir Sozialdemokraten unterstützen das Programm der zyprischen Ratspräsidentschaft und hoffen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit in dieser Zeit.

**WKD**



## Milchbauern protestieren für faire Preise

Steigende Preise für Energie, Treibstoffe und Futtermittel sowie eine Überproduktion an Milch, die sinkende Milchpreise zur Folge hat, machen es den Landwirten schwer, sich mit der Milch ihr Einkommen zu sichern. Im Vergleich zum letzten Jahr sind die Energiepreise um 20% gestiegen und der Preis von Soja um 22%. Gleichzeitig fällt der Milchpreis stetig, in einigen EU-Ländern ist der Preis bereits unter die 30-Cent-Marke gefallen.

### SPD unterstützt Apell

Die bayerischen Sozialdemokraten unterstützen den Appell der Bauern eines freiwilligen Lieferverzichts für Milch gegen Entschädigungszahlungen, um den Milchmarkt kurzfristig zu stabilisieren. Eine nachhaltige Lösung der Milch-Frage soll



Bild: Ismail Ertug (l.) mit Romuald Schaber, Milchviehalter und Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter vor dem Europäischen Parlament in Brüssel

allerdings durch eine Europäische Monitoringstelle geregelt werden. Danach sollte eine Ober- und Untergrenze für die Milchpreise festgelegt werden und in diesem Korridor sollten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage anpassen. Die Europaabgeordneten werden im Zuge der GAP-Reform den Milchmarkt im Auge behalten.  
**IE**

**Wegen der parlamentarischen Sommerpause erscheint der nächste Newsletter erst wieder in der 38. Kalenderwoche. Die Redaktion des Newsletter wünscht Ihnen/Euch einen schönen Sommer 2012!**

## Unsere Besucher in Brüssel und Straßburg >>>



Auf Einladung von **Wolfgang Kreissl-Dörfler** besuchte die Klasse 10a des Obermenzinger Gymnasiums das Europäische Parlament in Brüssel. In einem persönlichen Gespräch mit Wolfgang Kreissl-Dörfler konnten die Schülerinnen und Schüler sich über die Arbeit des Abgeordneten informieren. Dabei interessierten sie sich vor allem für aktuelle Themen des Auswärtigen Ausschusses, in dem Wolfgang Kreissl-Dörfler Mitglied ist. Zur Sprache kamen u.a. die angespannte Lage in Syrien sowie der Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Nach dem Gespräch besuchte die Klasse noch die Tribüne des Plenarsaals, bevor sie ihre Exkursion in Brüssel fortsetzte.

### Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP\* (WKD)

#### Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110  
[wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:  
 Oberanger 38/IV  
 80331 München  
 T.: 089 21 02 43 61  
 F.: 089 21 02 43 61  
[europa@kreissl-doerfler.de](mailto:europa@kreissl-doerfler.de)

[www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)

Ansprechpartnerin:  
 Britta Besan

Bürozeiten:  
 Mo, Mi, Do: 9.00-17.00 Uhr; Di, Fr: 9.00-12.00 Uhr

### Kerstin Westphal, MdEP\* (KW)

#### Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534  
[kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartner:  
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:  
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R  
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg  
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28  
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29  
[eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de) [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)

Ansprechpartnerinnen:  
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr  
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

### Ismail Ertug, MdEP\*(IE)

#### Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547  
[ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,  
 und Fatih Aydogan

Europabüro:  
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9  
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf  
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64  
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63  
[europabue-ro@ertug.eu](mailto:europabue-ro@ertug.eu) [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)

[www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)

AnsprechpartnerInnen:  
 Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:  
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr: 8.00-15.00 Uhr